

WAHLEN IN DEUTSCHLAND: DER LETZTE URNENGANG, BEVOR ES AN DIE UMGESTALTUNG EUROPAS GEHEN KANN

Sébastien Maillard | Direktor, Jacques Delors Institut



Nach den Bundestagswahlen am 24. September ist der Weg frei für umfassende europapolitische Initiativen - vorausgesetzt, die neue Regierungskoalition zieht mit.

Dass in Deutschland Bundestagswahlen anstehen, bemerkt man kaum. Im Gegensatz zu den französischen Präsidentschaftswahlen, die sich den Wählern als geradezu schicksalhafter Urnengang präsentierten, scheint bereits im Vorfeld klar, dass Angela Merkel, deren Kampagne so nüchtern wie knapp ausfiel, das Votum für sich entscheiden wird. Es bräuchte schon eine gewaltige Überraschung, um das Blatt so kurz vor Schluss noch zu wenden. Die einzige Fernsehdebatte zwischen Merkel und ihrem sozialdemokratischen Herausforderer Martin Schulz vermittelte eher den Eindruck, die Kanzlerin könnte ihren Vorsprung noch ausbauen. Falls die Christdemokraten dem SPD-Kandidaten Martin Schulz allen Erwartungen zum Trotz dennoch unterliegen sollten, würde Deutschland von seinem derzeitigen europapolitischen Kurs nicht abweichen - im Gegenteil. Laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage macht sich in der öffentlichen Meinung in Deutschland kurz vor der Wahl eine ausgeprägte europafreundliche Stimmung bemerkbar. Im Wahlkampf kam das Thema Europa jedoch so gut wie nicht vor.

Wie stehen die Chancen für einen deutsch-französischen Neustart in Europa nach den Wahlen? In Frankreich blickt man gespannt auf den Nachbarn: Ob Emmanuel Macron imstande sein wird, seinen europapolitischen Ambitionen Taten folgen zu lassen, hängt ganz wesentlich vom deutschen Wahlergebnis ab. Die Mehrheitsverhältnisse, die sich am Wahlabend abzeichnen, werden darüber bestimmen, inwiefern sich die französischen Vorschläge zur Eurozonen-Reform umsetzen lassen. Sollte es erneut zu einer großen Koalition (oder GroKo) der konservativen und linken Volksparteien CDU und SPD kommen, könnte Paris gut damit leben. Diese Konstellation würde sich allem Anschein nach offen zeigen für die französischen Ideen zur weiteren Integration der Wirtschafts- und Währungsunion. Würde Angela Merkel allerdings gemeinsam mit den Liberalen der FDP regieren, kann die französische Regierung ihre Empfehlungen für einen Finanzminister, ein eigenes Budget sowie ein Parlament innerhalb der Eurozone gleich wieder in der Schublade

verschwinden lassen. Auch das Vorhaben, als strategisch wichtig geltende Vermögens- und Unternehmenswerte auf europäischer Ebene vor den Begehrlichkeiten ausländischer Investoren zu schützen, hätte es dann bedeutend schwerer. Eine um die Grünen erweiterte schwarz-gelbe Koalition (die sogenannte Jamaika-Option) böte möglicherweise mehr Handlungsspielraum. Die Kanzlerin könnte sich durchaus vorstellen, mit den Grünen zu regieren. Von Paris aus betrachtet hängt die zukünftige Leistungsfähigkeit des deutsch-französischen Motors also zunächst von der Regierungskoalition ab, die aus diesen Wahlen hervorgehen wird.

Aber auch im Falle einer Neuauflage der großen Koalition läuft dieser Motor nicht automatisch wie geschmiert. Eine Übereinkunft zur Schaffung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzminister zu erzielen, heißt noch lange nicht, dass auf beiden Seiten Einvernehmlichkeit über den Zuständigkeitsbereich dieses Postens herrscht. Schon zur Einführung der Gemeinschaftswährung gab es Streit zwischen Deutschland, das darauf bestand, dass jeder Staat für wirtschaftliche und finanzielle Risiken selbst die Verantwortung trägt, und Frankreich, das sich dafür aussprach, diese Risiken innerhalb der Eurozone stärker zu verteilen - und dieser Streit ist bis heute nicht beigelegt. So titelte das einflussreiche Wochenmagazin *Der Spiegel* im Mai, dass mit Macron ein werter Freund Deutschlands die Wahl gewonnen habe. Doch der genaue Wortlaut ist ambivalenter: Von einem „teuren Freund“ war da die Rede - also einem Freund, der Berlin teuer zu stehen kommen könnte.

Jenseits der Koalitionsbildung hängt der Fortgang dieser Debatte nicht zuletzt mit einer Personalie zusammen: Wer wird das Finanzministerium übernehmen? Ein Ausscheiden des 75-jährigen Amtsinhabers Wolfgang Schäuble ließe sich als Kurswechsel deuten. Bleibt er jedoch in der Regierung, wäre ein Teil der konservativen deutschen Wähler beruhigt und Paris müsste sich Sorgen machen. Noch problematischer wäre es allerdings, wenn ein Liberaler aus der FDP ihm als Finanzminister nachfolgte.

Die französischen Erwartungen gegenüber der nächsten deutschen Regierung beschränken sich jedoch nicht auf die Abläufe in der Eurozone. Auch die Verteidigungs- und Migrationspolitik spielen eine wichtige Rolle. In dieser Hinsicht stehen nach dem 24. September einige entscheidende Wochen - und Monate - an, in denen die designierten Regierungsparteien ihren Koalitionsvertrag für die nächsten vier Jahre ausarbeiten werden. In diesem Zeitraum wird sich herausstellen, wie die nächste Regierung auf die sicherheits- und migrationspolitischen Herausforderungen unserer Zeit reagieren wird.

Auch in Brüssel und den anderen europäischen Hauptstädten verfolgt man den Bundestagswahlkampf mit großer Aufmerksamkeit. Sobald die Wahlergebnisse vorliegen, wird europapolitisch Klarheit geschaffen. Dann wäre in der EU der Weg frei für umfassende europapolitische Initiativen - zumindest bis zu den Europawahlen im Mai/Juni 2019. Auch aus diesem Grund hielt Jean-Claude Juncker am 13. September in Straßburg eine offensive Grundsatzrede zur „Lage der Union“, die eine Reihe kühner und zugleich konkreter Integrationsvorschläge enthielt, um nicht dem Brexit-Referendum das letzte Wort in Sachen Europa zu überlassen.

Der Präsident der Europäischen Kommission verfielt diese Pläne mit großer Entschlossenheit, schließlich geht sein Mandat bald zu Ende, wie er selbst bemerkte. Er will die letzten Monate seiner Amtszeit nutzen, denn es geht um sein europapolitisches Erbe.

Wird sie noch einmal Amt bestätigt, könnte Angela Merkel, die seit 2005 Kanzlerin ist, sich in einer vergleichbaren Situation wie Juncker wiederfinden. Es wäre ihre vierte und aller Wahrscheinlichkeit nach auch letzte Amtsperiode. Daraus ergeben sich gewisse Freiheiten. In der Staatsschuldenkrise innerhalb der Eurozone agierte sie zögerlich und wollte ihre Wähler nicht verprellen. Sie ließ sich allenfalls auf kleine Schritte ein, die - so zahlreiche Beobachter - zu spät kamen und nicht weit genug gingen. Es kann gut sein, dass ihr Vorgehen nach der Wahl mutiger sein wird. Das lässt sich aus manchen jüngeren Stellungnahmen heraushören, zu denen sie nach wie vor steht. Die politische Stabilität, die sie verheißt, darf nicht zu einem Status quo herabsinken, der sich als tödlich für Europa erweist. Um Geschichte zu schreiben, muss Angela Merkel Europa voranbringen. Macron steht noch am Anfang seiner - ersten - Amtszeit, aber er konnte die Wahl in Frankreich als entschiedener Proeuropäer für sich entscheiden und will nun Ergebnisse liefern.

Historisch gesehen mussten drei Zutaten zusammenkommen, damit es mit Europa voranging: attraktive Kernideen, eine günstige Gelegenheit, um diese Ideen Wirklichkeit werden zu lassen und Politiker, die diese Vorstellungen überzeugend vertreten. Einem Gespann Juncker-Macron-Merkel könnte das tatsächlich gelingen. Es ist an diesen drei Persönlichkeiten, das Notwendige zu tun und gemeinsam voranzuschreiten, statt sich gegenseitig aufzureiben. Dabei

könnte Jean-Claude Juncker eine Schlüsselfunktion zukommen. Als Luxemburger versteht er sich darauf, deutsch-französische Kompromisse zu schmieden.

INNENPOLITISCHE WAGNISSE

Angesichts dieser europäischen Perspektiven sollte man jedoch nicht vergessen, dass die Wahlen natürlich in erster Linie für Deutschland selbst von Bedeutung sind. Sie finden in einem Land statt, das wirtschaftlich floriert und politisch ein Stabilitätsanker in stürmischen Zeiten ist. Aber kann sich Berlin dem Vormarsch des Nationalismus entziehen? Die Stimmen, die auf die AfD entfallen, werden ein wichtiger Indikator sein, um diese Frage zu beantworten. Diese rechtsextreme Partei konnte bei Landtagswahlen beachtliche Erfolge erzielen und dabei politisches Kapital aus der Ankunft von 890000 Flüchtlingen allein im Jahr 2015 und terroristischen Anschlägen schlagen. Die Schließung der Balkanroute und die internen Querelen haben dafür gesorgt, dass der Aufstieg der AfD, die sich ursprünglich als Anti-Euro-Partei positionierte, zwischenzeitlich gestoppt wurde. Zuletzt konnte sie in Umfragen zum Stimmverhalten aber wieder Boden gutmachen. Es ist somit nicht ausgeschlossen, dass sie hinter CDU und SPD auf dem dritten Platz landen wird: Sollte die Große Koalition weiterregieren, wäre die AfD die größte Oppositionspartei.

Der Aufstieg der AfD und die Perspektive einer erneuten großen Koalition stehen für gewisse Ermüdungserscheinungen im demokratischen Leben Deutschlands. In der Geschichte der Bundesrepublik waren Große Koalitionen stets die Ausnahme, nicht die Regel. Der SPD täte es gut, sich in der Opposition zu regenerieren statt weiterhin im Schatten einer beliebigen Kanzlerin vor sich hinzudarben.

Die gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands ist gut, aber man sollte vor den bestehenden Problemen nicht die Augen verschließen. Neben dem alten Wohlstandsgefälle zwischen Osten und Süden kommen nun auch erhebliche Ungleichheiten zwischen dem Norden und Süden des Landes zum Vorschein. Im Ausland wird zudem die Kritik am deutschen Handelsüberschuss immer lauter. Viel kommt darauf an, ob sich der nächste Bundestag mehrheitlich für mehr Investitionen und Umverteilung aussprechen wird.

Mehr Umverteilung würde Deutschland nicht schaden, wenn man bedenkt, dass die sozialen Zustände im Land längst nicht so gut sind, wie es die Arbeitslosenquote, die auf 5,7 Prozent gesunken ist, suggeriert. Angela Merkel hat bis 2025 sogar Vollbeschäftigung in Aussicht gestellt, während derzeit sieben Millionen Deutsche von Mini-Jobs leben müssen, in denen sie pro Monat nicht mehr als 450 Euro verdienen. Auch die Rentner sind von Prekarität betroffen. 11 Prozent der 65- bis 74-jährigen - knapp eine Million Menschen - gehen einer Arbeit nach, um ihr Einkommen aufzubessern. Im Anbetracht der alternden Bevölkerung wird Angela Merkel auch in diesem Bereich mehr Mut wagen müssen, um in die Geschichtsbücher einzugehen.